

Offener Brandbrief

**An die Verantwortlichen der Stadt Wuppertal für die Schulsozialarbeit,
die beauftragten Träger und
an das Land NRW**

28.04.2025

Schulsozialarbeit muss gerettet werden

Überraschend haben einige Träger der Schulsozialarbeit in Wuppertal verkündet, sich aus dieser Aufgabe zurückzuziehen bzw. die Schulsozialarbeiter*innenstellen zu reduzieren. Die Träger begründen ihren Schritt mit der schon jetzt unzureichenden Finanzierung der Arbeit durch das Land bzw. damit, dass immer noch keine Förderrichtlinien erlassen wurden, obwohl sie zum 31.07.2025 auslaufen, so dass Planungssicherheit in Bezug auf die Finanzierung der Stellen fehlt.

Wir wenden uns heute an die Träger und an die Verantwortlichen der Stadt, um den Zusammenbruch der Schulsozialarbeit in Wuppertal zu verhindern. Es kann nicht sein, dass alle hier vor Ort Verantwortlichen den schwarzen Peter nur an das Land schieben und damit zulassen, dass die Schulsozialarbeit vor Ort an die Wand gefahren wird, mit allen schwerwiegenden Folgen für unsere Schulen, besonders in den sozialen Brennpunkten.

Es wird von allen Seiten immer wieder beteuert, dass Schulsozialarbeit ein unverzichtbarer Bestandteil der Arbeit in den Schulen ist. Sie hat insbesondere die Aufgabe, individuelle und gesellschaftliche Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen durch besondere sozialpädagogische Maßnahmen auszugleichen. Die Bewältigung schwieriger Situationen, Schulverweigerung, Gewaltbereitschaft, Probleme im Elternhaus oder im sozialen Miteinander in der Schule, die Liste der Aufgaben der Schulsozialarbeit ist lang und die Notwendigkeit wird von niemanden bestritten. In einer Stadt wie Wuppertal mit einem hohen Anteil von Kindern aus armen Familien ist sie besonders wichtig. Eine Reduzierung oder ein Zusammenbruch der Schulsozialarbeit hat gerade in einer Stadt wie Wuppertal dramatische Folgen für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen dieser Stadt.

Auch wenn der eigentliche Verursacher des Problems das Land NRW ist, fordern wir alle hier vor Ort Verantwortlichen auf, nach Lösungen zu suchen, um das Zerschlagen der Strukturen der Schulsozialarbeit zu verhindern.

Gleichzeitig fordern wir das Land NRW auf, die Fördersätze für die Schulsozialarbeit an die gestiegenen Kosten anzupassen, damit eine ausreichende Finanzierung der Schulsozialarbeit gesichert ist. Außerdem muss endlich Schluss sein mit der Befristung dieser so wichtigen Arbeit durch das Land NRW.

Wir appellieren an die Verantwortlichen hier vor Ort, alles dafür zu tun, dass die Schulsozialarbeit in der Qualität und in ihrem Umfang erhalten bleibt und mit uns gemeinsam für eine ausreichende, verlässliche und dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit ohne Befristung durch das Land zu kämpfen.

Vorstand der GEW Wuppertal